

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1912/2019**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 21.10.2019

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:
Finanzielle Mittel zum Schutz der Gießener Synagoge
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.10.2019 -

Antrag:
„Der Magistrat wird gebeten, die erforderlichen Mittel für die Umsetzung der von einem Gutachten des Hessischen Landeskriminalamt empfohlenen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage der Gießener Synagoge über die Magistratsänderungsliste in den Haushaltsplan 2020 einzustellen.“

Begründung:
Der antisemitische Terroranschlag von Halle erfüllt ganz Deutschland mit tiefer Scham.

Wie der Gießener Presse zu entnehmen war, existiert seit einiger Zeit ein Sicherheitsgutachten des Landeskriminalamtes, das empfiehlt, die vorhandene Mauer um die Synagoge um einen Zaun zu erhöhen und Videoüberwachung und Alarmanlage zu modernisieren.

Da einerseits die Eigenmittel der jüdischen Gemeinde nicht für die Realisierung aller erforderlichen Maßnahmen ausreichen und andererseits eine sichtbare Gefahr für jüdisches Leben und jüdische Religionsausübung auch in Gießen existiert, wird der

Magistrat gebeten so schnell wie möglich die fehlenden Mittel über die Magistratsänderungsliste in den Haushalt 2020 einzustellen.

Dr. Klaus Dieter Greilich
Fraktionsvorsitzender